

Israels älteste Zeitung wegen kritischer Berichterstattung sanktioniert

Israels Kabinett sanktioniert die älteste Zeitung des Landes, Haaretz, wegen kritischer Berichterstattung und Äußerungen des Verlegers. Ein Angriff auf die Pressefreiheit im Kontext des Konflikts?



CNN – Am Sonntag hat das israelische Kabinett einstimmig beschlossen, die älteste Zeitung des Landes, Haaretz, zu sanktionieren. Grund für diesen Schritt sind kritische Berichterstattungen über den Krieg, die nach den Hamas-Attacken am 7. Oktober veröffentlicht wurden, sowie Äußerungen des Herausgebers der Zeitung, der Sanktionen gegen hochrangige Regierungsbeamte gefordert hatte.

Haaretz und ihre kritische Berichterstattung

Haaretz, international hoch angesehen, hat in ihrer Berichterstattung über den Krieg nach den Hamas-Angriffen am 7. Oktober umfassend über mutmaßliche Missbräuche durch die israelischen Streitkräfte (IDF) berichtet, während die Militäroperationen in Gaza und das angrenzende Libanon ausgeweitet wurden.

Regierungsmaßnahmen gegen die Zeitung

Der Vorschlag, der von dem Kommunikationsminister Shlomo Kar'i eingebracht wurde, sieht vor, dass die Regierung ihre Werbung in der Zeitung einstellt und alle Abonnements für Staatsangestellte sowie Angestellte staatlicher Unternehmen kündigt.

Haaretz bezeichnete diesen Schritt als Versuch, eine kritische, unabhängige Zeitung zum Schweigen zu bringen.

Reaktionen auf die Entscheidung

In einer Erklärung nach der Abstimmung schrieb Kar'i: „Wir dürfen nicht zulassen, dass der Herausgeber einer offiziellen Zeitung im Staat Israel Sanktionen gegen den Staat fordert und die Feinde des Staates inmitten eines Krieges unterstützt, während internationale Institutionen die Legitimität des Staates Israel untergraben.“

Kritik an Äußerungen des Herausgebers

Amos Schocken, der Herausgeber der Zeitung, geriet in die Kritik, nachdem er in einer **Rede bei einer Veranstaltung** in London am 27. Oktober von palästinensischen „Freiheitskämpfern“ sprach.

„Die (Regierung Netanyahu) kümmert sich nicht um die Verhängung eines grausamen Apartheidregimes über die palästinensische Bevölkerung. Sie ignoriert die Kosten beider

Seiten für den Schutz der Siedlungen, während sie gegen die palästinensischen Freiheitskämpfer, die Israel als Terroristen bezeichnet, kämpft," wurde berichtet, dass er sagte.

Nach breiter Kritik an seinen Kommentaren in Israel stellte Schocken klar, dass er nicht glaube, Hamas-Kämpfer seien Freiheitskämpfer.

Richtigstellung von Haaretz

In einem Kommentar erklärte Haaretz, Schocken habe sich auf „Palästinenser, die unter Besatzung und Unterdrückung im Westjordanland leben," bezogen. Dennoch räumte die Zeitung ein, dass Schocken einen „Fehler“ gemacht habe, indem er jeden, der absichtlich Zivilisten schadet und terrorisiert, als „Freiheitskämpfer“ bezeichnete. Der korrekte Begriff sei „Terroristen“. Zudem forderte Schocken internationale Sanktionen gegen israelische Führer, um die Regierung zu einem Kurswechsel zu bewegen.

Haaretz kritisiert Regierungsentscheidungen

„In gewisser Hinsicht ist das, was jetzt in den besetzten Gebieten und in einem Teil Gazas geschieht, eine zweite Nakba“, sagte er. „Ein palästinensischer Staat muss gegründet werden, und der einzige Weg, dies zu erreichen, ist die Anwendung von Sanktionen gegen Israel, gegen die Führer, die sich dagegen wenden, und gegen die Siedler.“

In seiner Erklärung am Sonntag nannte Kar'i die Berichterstattung von Haaretz über den Krieg als Grund für die Entscheidung: „Die Entscheidung kam nach vielen Artikeln, die die Legitimität des Staates Israel in der Welt und sein Recht auf Selbstverteidigung untergraben haben.“

Kritik an Meinungsfreiheit in Israel

Haaretz verurteilte den Schritt in einer **Erklärung** am Sonntag und bezeichnete ihn als „einen weiteren Schritt in Netanyahus Reise zur Zerschlagung der israelischen Demokratie“. „Wie seine Freunde Putin, Erdoğan und Orbán versucht Netanyahu, eine kritische, unabhängige Zeitung zum Schweigen zu bringen“, hieß es in der Erklärung. „Haaretz wird nicht nachgeben und sich nicht in ein Regierungsblatt verwandeln, das Botschaften veröffentlicht, die von der Regierung und ihrem Führer genehmigt sind.“

Ein besorgniserregender Trend

Diese Maßnahme folgt auf die military raid and shutdown of Al Jazeera's office in Ramallah zwei Monate zuvor und die Schließung der Senderbetrieb im Mai, was von den Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen scharf verurteilt wurde.

Am Freitag meldete die Kommission zum Schutz von Journalisten (CPJ), dass **vorläufige Untersuchungen ergaben**, dass mindestens 137 Journalisten und Medienmitarbeiter während der Berichterstattung über den Krieg getötet wurden, was diese Zeit zur tödlichsten für Journalisten macht, seit CPJ 1992 mit der Datenerhebung begann.

Details	
Quellen	• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at